



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie Andre Hüsgen
Anschrift Wittensteinstr. 235 a
42283 Wuppertal
Telefon (0202) 60 933 100
Fax (0202) 60 932 088
E-Mail info@pro-rep-wuppertal.de
Datum 03.11.2014
Drucks. Nr. VO/0805/14
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
05.11.2014	Hauptausschuss
10.11.2014	Rat der Stadt Wuppertal

**Appell an den Landesgesetzgeber und Mitwirkung an der Initiative
„Rauchverbotspolitiker aussperren!“,
Antrag der Fraktion PRO NRW /DIE REPUBLIKANER vom 03.11.2014**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion PRO NRW / Die Republikaner beantragt zur Ratssitzung am 10.11.2014 :

**1. Der Rat der Stadt Wuppertal appelliert an den Landesgesetzgeber, das
Nichtraucherschutzgesetz NRW in den Stand der Fassung vom 20. Dezember 2007
abzuändern.**

**2. Der Rat der Stadt Wuppertal schließt sich für die Zeit der Nichterfüllung des Punkts
1 der Gastronomen-Initiative „Rauchverbotspolitiker aussperren!“ an.**

Begründung:

Zu 1.:

Die zum 1. Mai 2013 in Kraft getretene Neufassung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW ist inakzeptabel, da Sie Gastronomen keinerlei Wahlfreiheit mehr lässt, ob sie das Rauchen in ihren Lokalen gestatten wollen oder nicht. Die Ausnahmeregelung bei geschlossenen Gesellschaften ist viel zu speziell, um im Alltag merklich greifen zu können. Kleinere Kneipen mit bekanntlich hohem Anteil rauchender Gäste werden unverhältnismäßig durch Einnahmeeinbußen belastet. Zudem fördert die aktuell geltende Fassung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW in hohem Maße Denunziationen bei den kommunalen Ordnungsbehörden seitens intoleranter Nichtraucher.

Zu 2.:

Solange die Landtagsmehrheit aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen die aktuelle Fassung des Nichtraucherschutzgesetzes NRW beibehält, muss es jedem Gastronom im Lande freistehen, Politikern beider Parteien Hausverbote zu erteilen. Bereits mehrfach ist in der deutschen Rechtsprechung entschieden worden, dass private Gewerbetreibende Mitglieder bestimmter politischer Parteien benachteiligen dürfen, sobald sie einen unüberwindbaren

Gewissenskonflikt verspüren, mit diesem Personenkreis Geschäfte zu tätigen. Es kann nicht angehen, dass die Verursacher von Umsatzeinbußen durch betroffene Gastronomen zwangsweise bedient werden müssen. Daher erklärt sich der Rat der Stadt Wuppertal solidarisch mit der Gastronomen-Initiative „Rauchverbotspolitiker aussperren!“.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte
Fraktionsvorsitzende